

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Berichte · Nachrichten · Meinungen

Allgemeines

Generalsekretär: Bericht für die 51. Tagung der Generalversammlung – Reformwillen demonstriert – Kosteneinsparung mittels Internet – Generell Rückgang der Aktivitäten (28)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 1/1996 S. 15f. fort.)

Der diesjährige Bericht des UN-Generalsekretärs ist lang, beschreibt die Tätigkeit der Weltorganisation noch ausführlicher als früher und hat doch nur ein Thema: Reform. Boutros Boutros-Ghali wollte damit offensichtlich die Vorwürfe seitens der Vereinigten Staaten entkräften, er habe seine Amtszeit nur ungenügend für die Effizienzsteigerung der Organisation genutzt. Die Regierung in Washington hatte nämlich angekündigt, Boutros-Ghali eine zweite Amtszeit zu verweigern, weil er die Reform der Weltorganisation nicht zielstrebig genug verfolgt habe. In dem in der deutschen Fassung knapp 170 Seiten umfassenden *Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen* (UN-Dok. A/51/1 v. 22.8.1996) listet dieser nun seinerseits viele Bereiche auf, in denen mittlerweile gespart, umgebaut und wirksamer gearbeitet wird. Dabei seien »beträchtliche Fortschritte« erzielt worden, schreibt er.

I. Besonderes Augenmerk legt er bei seinen Ausführungen auf die Veränderungen im Sekretariat, vermutlich abermals, um sich zu verteidigen, denn dort ist Boutros-Ghali der Hausherr, dort braucht er nicht die Zustimmung der Mitgliedstaaten, deren mangelnde Einigung manches Reformvorhaben verzögert oder sogar unmöglich macht. »Die Bemühungen mit dem Ziel, aus den Vereinten Nationen eine zielgerichtete und ergebnisorientierte Organisation zu machen, die bessere Leistungen, eine höhere Produktivität und größere Kostenwirksamkeit vorweisen kann, sind bereits weit gediehen.« Sie seien vor allem in vier strategischen Managementbereichen verfolgt worden: Kostenstruktur, Humanressourcen, Informationswesen und Technologie. Der Haushalt wies »erstmalig ein nominelles Nullwachstum« auf. Die Zahl der Stellen wurde seit 1984 von 12 205 auf 10 159 gesenkt und soll durch Nichtbesetzung von frei gewordenen Stellen weiter auf 9 000 Mitarbeiter sinken. Außerdem seien die Reisetätigkeit und der Druck von Dokumenten stark eingeschränkt worden. Letzteres gelang vor allem durch den Einsatz neuer Technologien. Viele Dokumente werden nicht mehr in großen Stückzahlen gedruckt, sondern für die Öffentlichkeit einfach auf das Internet gelegt. Einsparungen konnten dem Bericht zufolge auch durch Tele-Übersetzungen erzielt werden. So mußten etwa zur Weltfrauenkonferenz nach Beijing oder zum Städtegipfel nach Istanbul keine Dokumentare, Übersetzer und Textverarbeitungskräfte anreisen.

Trotz aller Sporbemühungen bleibt die Finanzlage der Weltorganisation prekär. Ende Juli 1996 beliefen sich die ausstehenden Beiträge auf mehr als 3 Mrd US-Dollar. »Lediglich 83 Länder sind ihren Beitragsverpflichtungen für den ordentlichen Haushalt 1996 in voller Höhe nachgekommen.« Die Liquiditätsschwierigkeiten zwangen die Vereinten Nationen abermals dazu, Geld aus dem Sonderhaushalt für Friedenssicherungsmaßnahmen in das reguläre Budget umzuschichten, was dazu führt, daß die UN den truppenstellenden Staaten bis Ende des Jahres 675 Mill Dollar schulden werden. Die ohnehin zögernde Haltung vieler Nationen, Soldaten in den Dienst der Vereinten Nationen zu stellen, dürfte durch die finanziellen Unwägbarkeiten nicht gerade verbessert werden. »Das Fazit ist absurd: Diese zum Teil zu den Ärmsten der Welt zählenden Länder, die ihre Söhne und Töchter im Namen der internationalen Gemeinschaft großen Gefahren aussetzen, belohnen wir damit, daß wir ihnen eine zusätzliche finanzielle Bürde auferlegen. Im Grunde finanzieren die truppenstellenden Staaten die Fehlbeträge, die entstehen, wenn einige Mitgliedstaaten ihre veranlagten Beiträge nicht rechtzeitig und nicht in voller Höhe entrichten.«

II. Die »Gebermüdigkeit« trifft auch die Aktivitäten auf dem Gebiet der Entwicklung, der Boutros-Ghali großen Stellenwert beimißt. Mehrmals im Bericht verweist er auf seinen Entwurf einer »Agenda für die Entwicklung«, über die seit mehreren Jahren eine Plenar-Arbeitsgruppe der Generalversammlung berät. Auch die Serie von Konferenzen, die ihren vorläufigen Abschluß mit dem Städtegipfel in Istanbul im Juni fand, erwähnt der Generalsekretär verschiedentlich. Das entspricht seiner auch schon früher geäußerten Meinung, die Vereinten Nationen müßten der Motor für eine neue Entwicklungszusammenarbeit zwischen Nord und Süd werden.

So sehr die Mitgliedstaaten ihm in dieser Auffassung zustimmen, so wenig sind sie andererseits bereit, Mittel dafür aufzubringen. Das hat sich bei den Weltkonferenzen gezeigt, wo die westlichen Industrieländer keine konkreten Zusagen gemacht haben. Das zeigt sich aber auch etwa beim UNDP. So haben viele Länder zwar die Höhe ihrer Beiträge beibehalten; die Vereinigten Staaten aber reduzierten ihre Leistungen erheblich, so daß das Entwicklungsprogramm 1996 im Vergleich zu 1992 mit einem Viertel weniger an freiwilligen Beiträgen auskommen muß. Das UNDP steht beispielhaft für andere Programme; die meisten müssen sich mit weniger zufrieden geben. Ausnahmen bilden insbesondere das UNICEF und der UNFPA.

III. Ebenso wie bei den Aktivitäten im Bereich der Entwicklung wurden auch auf dem Gebiet von Frieden und Sicherheit die Operationen zurückgeschraubt. Das beginnt beim Sicherheitsrat, der inzwischen bedeutend weniger Resolutionen verabschiedet als noch vor zwei Jah-

ren. Nun könnte man argumentieren, daß die reine Frequenz von Entschlüssen wenig über die inhaltliche Arbeit der Weltorganisation aussagt. Dennoch paßt auch diese Zahl ins Bild, weil überall reduziert, gekürzt, gespart wird. Noch deutlicher zeigt sich das an der Zahl der Blauhelmläger: sie verminderte sich von 67 269 im Juli 1995 auf 25 296 ein Jahr später. Obwohl ein Großteil des Rückgangs auf die Veränderungen im ehemaligen Jugoslawien zurückzuführen ist, zeugt dies auch von der mangelnden Bereitschaft der Mitgliedstaaten, sich im Rahmen der Vereinten Nationen zu engagieren. Beispiel Burundi: Obwohl seit langem bekannt war, daß sich dort eine ähnliche humanitäre Katastrophe anbahnt wie in Rwanda, und der Generalsekretär Notfallpläne erstellt hatte, fanden sich kaum Staaten bereit, ihn dabei aktiv zu unterstützen. Im Mai trat das Sekretariat an 86 Mitgliedstaaten heran, um zu erkunden, ob sie bereit wären, an einem Friedenseinsatz nach Kapitel VI teilzunehmen. Bis »Anfang August waren 14 positive und 6 abschlägige Antworten eingegangen.« 22 afrikanische Staaten waren befragt worden, ob sie Truppen »für eine multinationale humanitäre Eingreiftruppe« nach Kapitel VII bereitstellen würden. Drei Staaten bejahten die Anfrage, vier reagierten ablehnend, der Rest antwortete gar nicht. Zugleich wurden 25 »potentielle Geberländer« um logistische und materielle Unterstützung eines solchen Einsatzes gebeten; sieben lehnten ab und weitere sieben boten ihre Hilfe an, »mit Ausnahme von Bodentruppen«.

Noch frustrierender muß für Boutros-Ghali der Fall ehemaliges Jugoslawien gewesen sein, wo die Vereinten Nationen, obwohl sie jahrelang große Energien aufgewendet hatten, an den Friedensverhandlungen von Dayton im November 1995 nicht beteiligt wurden. Der Generalsekretär schreibt daher schlicht: »Es ist festzuhalten, daß die Vereinten Nationen in Dayton nicht vertreten waren.« Seinen Ausführungen zu dieser Krisenregion ist zu entnehmen, daß er sich zu Unrecht kritisiert und zurückgesetzt fühlt.

Insgesamt ist der diesjährige Bericht geprägt von einem Rückgang der UN-Aktivitäten (was aber eine neuerliche Ausweitung des Umfangs nicht verhindert hat und ihm wiederum weithin den Charakter eines Nachschlagewerks verleiht). Überall machen sich finanzielle Not und mangelnde Unterstützung seitens der Mitgliedstaaten bemerkbar. Das zeigt sich an den aufgeführten Zahlen, es macht sich aber auch im Ton Boutros-Ghalis bemerkbar, der ganz offensichtlich eine Verteidigungsposition eingenommen hat. So läßt er auch keinen Zweifel daran, daß es nicht mit einigen Umstrukturierungen getan ist, sondern daß die Reformen kontinuierlich fortgeführt werden müssen. Es handele sich »um einen Prozeß und nicht um ein einmaliges Ereignis. Es gibt keinen Punkt, an dem die Vereinten Nationen die Reform für »erledigt« erklären könnten.«

Friederike Bauer □